

Liebe Genossinnen und Genossen



Gestern lief mir ein Zitat von Alexander Schweitzer, dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz über den Weg. Er sagte wohl in einem ZDF-Interview: „Ich habe den Eindruck, die SPD ist für viele etwas zu langweilig geworden“ und „Wir müssen mehr mit dem Herzen argumentieren, nicht nur mit dem Taschenrechner.“

Alexander spricht mir einerseits aus der Seele, andererseits sehe ich halt auch, wie aktuell mit ganz viel Emotion und dem Ap-

pell an niederste Instinkte sehr erfolgreich zwar keine Politik gemacht wird, aber Wählerstimmen gewonnen werden. Da jucken mir die Finger und der Taschenrechner liegt auf dem Tisch.

Tatsächlich muss man gar nicht viel rechnen um zu erkennen, dass die tatsächlich stark steigenden Kosten für den Sozialstaat gar nicht von den „üppig alimentierten“ Bürgergeldempfängern kommen.

Auch nicht von den Flüchtlingen. Für beide Gruppen sinken aktuell die Kosten recht deutlich. Was tatsächlich in die Höhe schießt, das sind die Kosten, die der demografische Wandel verursacht.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Arbeit lohnt sich. Immer	2
Viertletzter bei Glasfaser	4
SPD in der Öffentlichkeit präsent	5
Sommerfest an der Kinzgen-Hütte	6
E-Bikes sind die besseren Autos	8
Merdingens Weg zur Grundsteuer C	9
Über Unterschiede	13
Termine, Termine	14
Impressum	15

Es wird langsam nicht mehr möglich, die Renten aus den Beiträgen der arbeitenden Bevölkerung zu bezahlen und auch die Kosten für Pflege steigen unaufhörlich.

Nun liegt es ja auf der Hand, dass man das Problem mit Einsparungen wo auch immer nicht lösen kann. Wir werden auch die Einnahmenseite verbessern müssen und an der Stelle hat Lars schlicht recht: Wir müssen die Superreichen dazu bringen ihren Teil zu zahlen. Es ist gut, dass er von vielen anderen Sozialdemokraten da Unterstützung bekommt und es ist auch gut, dass er damit bei Merz (obere Mittelschicht – ha-haha) wohl einen Nerv getroffen hat.

Und da wir gerade dabei sind: Was machen wir mit dem tatsächlich tausendfach höhere Schaden durch Steuerhinterziehung im Vergleich zu Sozialbetrug? Und wann holen wir endlich die CumEx-Milliarden zurück?

Da darf der Lars als Finanzminister gerne noch ein bisschen emotionaler werden. Oder kaltblütiger. Irgendwie beides.

In diesem Sinne: Glückauf!



Arbeit lohnt sich. Immer.

von Oswald Prucker

„Arbeit lohnt sich doch gar nicht mehr.“ Dieser Spruch ist die perfideste und niederträchtigste Art, die Armen gegen die Ärmsten auszuspielen und die Konservativen dies- (?) und jenseits der (fiktiven?) demokratischen Brandmauer haben diese Nummer zur Kunstform erhoben.

Sie können das mittlerweile auf raffinierte Art so drehen, dass immer das Bürgergeld UND der Mindestlohn zu hoch sind. Ich bin überzeugt: CxU und AfD sind erst zufrieden, wenn 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung verarmt sind.



Ich halte es deshalb für sehr schwierig, Bürgergeld und Mindestlohn direkt miteinander zu vergleichen. Aber erst Mal zu den Fakten. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hat nachgerechnet und den Unterschied zwischen Bürgergeld und Mindestlohn (aktuell noch 12,82 Euro pro Stunde) und allen Begleitleistungen (z.B. Kinder- oder Wohngeld, Unterhaltsvorschuss) für drei Fallbeispiele ausgerechnet. Die gesamte Studie gibt es hier als pdf. Beim Mindestlohn wurde jeweils Vollbeschäftigung angenommen und Steuerabgaben wurden ebenfalls berechnet. Das sind die Ergebnisse:

Alleinstehender Mann

- Mindestlohn: 1.572 Euro
- Bürgergeld: 1.015 Euro
- Differenz: 557 Euro

Alleinerziehende Frau mit fünfjährigem Kind

- Mindestlohn: 2.532 Euro
- Bürgergeld: 1.783 Euro
- Differenz: 749 Euro

Ehepaar (ein Verdienender), zwei Kindern im Alter von fünf und 14 Jahren

- Mindestlohn: 3.414 Euro
- Bürgergeld: 2.754 Euro
- Differenz: 660 Euro

Also in jedem Fall und jeden Monat mehrere hundert Euro (pro Jahr dann knapp 6.700 bis 9.000 Euro) und das in einem Einkom-

menssegment, in dem das richtig viel Geld ist.

Passt schon so, denn Arbeit muss sich lohnen. Die vorgelegten Zahlen sind also ein klarer Hinweis darauf, dass wir einen starken Mindestlohn brauchen und ich freue mich sehr, dass dieser Mindestlohn in der nächsten Zeit noch einmal deutlich ansteigt, auch wenn es nicht ganz die eigentlich versprochenen 15 Euro werden. Von der anderen Seite betrachtet: Nein, wir müssen nix an den Sozialausgaben kürzen, damit sich Arbeit „wieder rechnet“. Sie hat sich noch niemals nicht gerechnet.

Die „muss sich lohnen“ Argumentation hinkt aber zumindest an einer Stelle gewaltig. Sie unterstellt nämlich, dass die anderen, die eben nicht arbeiten und Bürgergeld bekommen, das ja eigentlich auch tun könnten.

Ich will da nicht alle Fälle durchdeklinieren, das haben andere schon getan. Bleiben wir einfach bei der hier zitierten Studie. Das Beispiel der alleinerziehenden Frau mit fünfjährigem Kind, die bei Mindestlohn-Vollzeit 750 Euro mehr auf dem Konto hat, ist ja schon einigermaßen weltfremd. Welche alleinerziehende Person mit Kleinkind kann denn tatsächlich Vollzeit arbeiten? Die Frau bräuchte dann ja erstmal einen Betreuungsplatz. Und selbst wenn sie den hat, wo gehen dann die zusätzlichen 750 Euro hin? Am ehesten und vermutlich vollständig in die Vollzeitbetreuung des Kleinen. Sie wird also mit an Sicherheit gren-

zender Wahrscheinlichkeit bestenfalls Teilzeit arbeiten und muss dann am ehesten sogar mit Bürgergeld aufstocken.

Womit wir wieder bei der Grundsicherung / dem Bürgergeld wären. Das soll ja nach konservativer Sicht viel zu hoch sein. Irgendwas mit Hängematte, oder so. Naja. Gemäß der Bürgergeldtabelle stehen einer erwachsenen Person pro Tag gerade mal 6,50 Euro für Essen und Trinken zur Verfügung. Eine Luxusversorgung sieht anders aus.

Diese Luxusversorgung – und damit weiche ich hier NICHT vom Thema ab – gibt es in Deutschland. Sie gilt für die Superreichen, die (nicht nur gefühlt) quasi gar keine Steuern zahlen. Lasst uns über Vermögenssteuern und Erbschaftssteuern reden und NICHT darüber streiten, ob irgendein Lohnabstand bei den Armen zu groß ist.

Tax the rich und holt endlich die CumEx-Milliarden zurück.



Viertletzter bei Glasfaser

von Oswald Prucker

Einem kürzlich erschienenen Bericht war zu entnehmen, dass der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald in Sachen schnelles Internet im Land sehr hinterher hängt. Gera-

de mal 55,5 % haben Zugang. Schlechter sind nur der Zollernalbkreis (51,6%) und die Kreise Sigmaringen (49,3%) und Neckar-Odenwald (48,7%).

Dass Freiburg mit 88,5% viel besser dasteht ist nicht verwunderlich, Großstädte sind nun mal lukrativer, weil es mehr potentielle Kunden pro Meter verlegter Glasfaser gibt. Andererseits spielt der durchaus ländlich geprägte Schwarzwald-Baar-Preis mit 84% auch in der Großstadtliga.



Glasfaser-Leerrohre

Bei allen Berichten über den stockenden Ausbau in unserem Landkreis war die Antwort beinahe immer die sich ständig verändernde Förderkulisse beim Bund. Da ist schon was dran und ich gestehe gerne ein, dass das die Sache verzögert hat. Nur gilt das halt auch für alle Landkreise. Das liegt aber auch daran, dass diese anderen Landkreise schlicht viel früher – man spricht von rund 10 Jahre – begonnen haben. und die Unser Zweckverband da einfach schlechter und zu spät aus den Pöten gekommen ist,

wie andere Landkreise und vor allem alle unsere Nachbarn. Versäumnisse aus der Vergangenheit holen uns jetzt ein.

Wollen wir hoffen, dass der Ausbau jetzt endlich Fahrt aufnimmt. Ein bisschen Hoffnung habe ich, denn schaut man aktuell auf die Homepage des Zweckverbands, so findet man dort alleine im laufenden Monat Juli gleich drei Zuwendungsbescheide des Landes. Bei mir in Merdingen hat es aktuell auch deshalb so viele Baustellen und Straßensperren, dass man zumindest mit dem Auto oft nur mühsam durchkommt.



SPD in der Öffentlichkeit präsent

von Matthias Schmidt

Bei dem vergangenen großen Lichterfest in Bad Krozingen war die SPD deutlich sichtbar vertreten. Wie schon 2023 hatten wir wieder einen Weinverkaufsstand im Kurpark auf dem Fest als SPD Ortsverein angemeldet.

Herzlichen Dank auch an die Helfer aus den Nachbarortsvereinen, namentlich Philip Wolf und Patrick Röttele sowie natürlich die vielen weiteren Beteiligten und Helfer aus Bad Krozingen!

Dieses Jahr war der Wettergott uns halbwegs wohl gesonnen und zumindest der

besonders schöne Samstag mit den erleuchteten Kurgarten blieb trocken. Vor vielen tausend Besuchern könnten wir in roten SPD-Shirts "Flagge" zeigen. In den ruhigeren Nebenzeiten war auch Zeit für das eine oder andere politische Gespräch. Der Ortsvereinskasse hat der Stand auch zu einem kleinen Zuwachs verholfen, so dass die nächste Ausgabe der teuren Krozinger Rundschau als unsere Ortsvereinszeitung, die kostenlos an alle Haushalte in Bad Krozingen verteilt wird, ein klein wenig gegenfinanziert wurde.



Zum Thema draußen (Parteiflagge) und Präsenz zeigen: Mich persönlich hat extrem geärgert, als der staatliche Mitarbeiter der Lebensmittelkontrolle bei der üblichen Standkontrolle doch tatsächlich und nicht witzig gemeint fallen ließ: "Ach die SPD macht den Spand? Ihr traut Euch noch auf

die Straße?" Mit der Retourkutsche aufgrund seiner Herkunft aus Sachen musste er sich dann allerdings von mir anhören, dass wir ja schließlich hier nicht sächsische Verhältnisse hätten ...



Sommerfest an der Kinzgen-Hütte

von Oswald Prucker

Die Kinzgen-Hütte oberhalb von Wasenweiler ist ein beeindruckendes Beispiel von gelebter Dorfgemeinschaft. Sie ist in vielen Tausend Stunden ehrenamtlicher Arbeit mit Unterstützung eines lokalen Zimmerers entstanden und bietet neben dem wunderbaren Ausblick auf Schwarzwald, Freiburg und den Tuniberg auch einfach ein tolles Ambiente für rastende Wanderer oder bei kleinen Feiern.

Noch beeindruckender ist dabei, dass die Hütte und das drumherum auch nach acht Jahren noch in einwandfreiem Zustand sind, weil auch hier neben dem Ihringer Bauhof wieder viele Ehrenamtliche nach dem Rechten schauen und falls nötig auch aufräumen.



Die perfekte Location (so sagt man doch heute) also für unser erstes Sommerfest als noch relativ neuer Ortsverein SPD Kaiserstuhl-Tuniberg.

Nichts großartiges stand auf dem Programm, einfach nur ein paar entspannte Stunden bei Kaffee und Kuchen und später auch Grillwurst und Salaten.



Wichtiger als das Futter waren aber die Begegnungen untereinander. Von „lange nicht gesehen!“ bis „schön, dass wir uns mal kennenlernen“ war alles dabei. Deshalb war es auch schön, dass unser Landtagskandidat Philip Wolf und seine Zweitkandidatin Laura Röttele da waren und sich dem ein oder der anderen vorstellen konnten.

Herzlich willkommen war auch Tanja Kühnel meine Co-Vorsitzende der Kreis-SPD und Patrick Röttele vom Vorstand.



Es ist natürlich nicht weiter überraschend, dass bei so vielen supernetten Genossinnen und Genossen der angekündigte Regen weitestgehend ausblieb, wir aber trotzdem mit einem schönen Regenbogen belohnt wurden.



Am Ende eines schönen Nachmittags und Abends war die Beschlusslage schnell klar: Das wiederholen wir am selben Ort und auf die selbe Art und Weise im nächsten Jahr. So entstehen Traditionen!

Mein besonderer Dank geht an Alois, Reiner, Iris und Steffi, die die Hauptlast der Vorbereitungen und Besorgungen gestemmt haben.

Und Denny und Rosita bekommen sechs Einheiten bei der Physiotherapie, damit der Rücken nach dem Dienst an unserem „tiefergelegten“ Grill wieder gerade wird.



E-Bikes sind die besseren Autos

von Oswald Prucker

Schon vor zwei Jahren titelte der Spiegel wahrheitsgemäß: „Boom der Pedelecs – Das bessere Elektromobil“ und beschrieb die starke Zunahme der E-Bikes. Schon damals schwang also ein bisschen mit, dass die Fahrräder mit Hilfsmotor tatsächlich eher Autofahrten ersetzen und eben nicht konventionelle Räder.

Jetzt ist das tatsächlich Gewissheit. Eine entsprechende Studie stellt fest (Englisch):

In fact, electric bicycles are closer to cars than to conventional bicycles in terms of distance sensitivity.

Auf Deutsch: Gerade also wenn es um die Entfernung geht, dann sollte man die Elektrodrahtesel eher mit Autos vergleichen. Die Studie beschreibt dann auch schön, wie E-Biker gerne längere Strecken fahren und sich auch von fehlender oder schlechter Radinfrastruktur nicht abschrecken lassen.

Stimmt und ich kann das bestätigen, denn genauso mache ich das. Mein Leitspruch ist mittlerweile:

Alles unter zwanzig Kilometer ist Fahrradstrecke.

Dabei nehme ich schon mal suboptimale Wege in Kauf. Im großen und ganzen ist aber die Fahrradinfrastruktur in Freiburg und Umgebung schon ziemlich gut.



Vor allem nutze ich das Rad ausschließlich für Alltagsfahrten um halt von A nach B zu kommen und nicht als Sportgerät.

Interessant an der Studie: Die verwendeten Daten kommen aus der bundesweiten Erhebung Mobilität in Deutschland aus dem Jahr 2017. Sie sind also eigentlich schon wieder veraltet und vor allem aus einer Zeit VOR dem E-Bike-Boom. Mittlerweile haben im Landkreis über 30% der Bevölkerung eine elektrischen Drahtesel zur Verfügung, so war es vor kurzem der Badischen Zeitung zu entnehmen. Um uns herum und auch landes- und bundesweit sieht es oft ähnlich aus.

Wir dürfen also gespannt sein und ich bitte alle unsere Autofreunde um Verzeihung für die doch leicht provokante Überschrift :-).

Merdingens Weg zur Grundsteuer C

von Oswald Prucker

Es gibt kein kommunalpolitisches Thema, auf das ich im Kreis mehr angesprochen werde, als die Grundsteuer C, die wir in Merdingen ab diesem Jahr eingeführt haben. Das haben in Baden-Württemberg sonst nur Tübingen und zwei, drei kleinere Gemeinden gemacht.

Ich will deshalb aufschreiben, wie wir vorgegangen sind und auch alle entsprechenden Dokumente aus den jeweiligen Sitzungen hier verlinken. Tut mir leid. Das wird ein bisschen länger ...



1. Grundlegende Erläuterungen zur Grundsteuer C

Die Grundsteuer C ergänzt die Grundsteuer B, die auf bebaute Grundstücke, die nicht land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, erhoben wird. Sie wird auf unbebaute aber baureife Grundstücke erhoben.

Ziel ist es, die Eigentümer der Grundstücke zum Bauen zu bringen und somit Baulücken zu schließen. Es geht also um Innenentwicklung.



Damit so was funktioniert muss die Grundsteuer C natürlich deutlich über der Grundsteuer B liegen. Wir haben in Merdingen einen doppelt so hohen Hebesatz beschlossen: 480 von Hundert im Vergleich zu 240. Das ist nicht wenig Geld für die Betroffenen.

Geregelt wird die Grundsteuer C im [Landesgrundsteuergesetz in §50a – Besonderer Hebesatz für baureife Grundstücke](#).

In diesem Paragraphen steht eigentlich in sehr verständlicher Sprache, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen und was zu beschließen ist. Die wichtigsten Punkte:

- Es braucht Grundstücke, die „nach Lage, Form und Größe und ihrem sonstigen

tatsächlichen Zustand sowie nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften sofort bebaut werden könnten.“

- Es müssen städtebauliche Gründe für die Grundsteuer C vorliegen. Dazu zählen z.B. das Ziel der Nachverdichtung und der Stärkung der Innenentwicklung.
- In größeren Orten ist das ganze ggf. auf bestimmte Gemeindeteile zu beschränken. Merdingen ist klein, quadratisch, praktisch, gut und da war das irrelevant.
- Die betroffenen Grundstücke sind einzeln zu benennen und in einer Allgemeinverfügung bekannt zu geben. Darin sind auch die o.g. städtebaulichen Gründe zu erläutern. Diese Allgemeinverfügung ist jedes Jahr zu aktualisieren.

Die Grundsteuer C erzeugt also einen nicht unerheblichen Aufwand, der sich jährlich wiederholt. Es lohnt sich also nur, wenn es auch wirklich viele baureife Grundstücke gibt. Mit lohnen meine ich dabei eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Klar erzielt man mit dieser Steuer als Gemeinde höhere Einnahmen. In unserem Fall sind das aber gerade mal ca. 20.000 €. Das ist in einem Haushalt von rund 8 Millionen Euro wirklich nicht kriegsentscheidend.

Der Aufwand lohnt sich bei uns, weil wir im Ort 35 baureife Grundstücke haben, die alle seit über 20 Jahren zurückgehalten werden. Manchmal verwende ich dabei den Spruch:

„Diese Grundstücke werden für Enkel aufgehoben, von Menschen, die selbst schon diese Enkel waren.“ und so ganz falsch ist der in einigen Fällen tatsächlich nicht.

2. Grundsatzbeschluss des Gemeinderats

In Merdingen begann der Weg zur Grundsteuer C über ein Jahr vor der tatsächlichen Einführung in der Dezember-Sitzung 2023 mit einem Grundsatzbeschluss. In der Vorlage zu diesem Punkt stellte Bürgermeister Rupp dar, dass Merdingen 36 baureife Grundstücke gäbe, die trotz der damals wirklich günstigen Zinsen nicht bebaut sind. Er rechnete vor, dass bei einer üblichen Bebauung und den ortstypischen vier Bewohnern je Grundstück rund 144 Einwohner mehr in Merdingen leben könnten. Damit entgingen Merdingen jährlich Mittel aus dem Finanzausgleich für Kommunen in Höhe von über 200.000 € (1.500 €/Einwohner).

Ebenso stellte er für verschiedene Grundstücksgrößen und einem angenommenen Hebesatz von 500% Modellrechnungen vor, was das an Grundsteuern für die Eigentümer bedeuten würde. Ich fand das sehr hilfreich, weil es einem ein Gefühl für die Größenordnung der zusätzlichen Belastung der Betroffenen gibt.

Letztlich folgten wir dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Hier der Wortlaut:

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt:

- Bis 01.03.2024 die für eine Regelung nach § 55a LGrStG in Frage kommenden Grundstücke zu ermitteln.
- Die Eigentümer sind zum geplanten Hebesatz bis spätestens 01.06.2024 mit einer Frist von 6 Wochen anzuhören. Den Eigentümern sind die jeweilige jährliche Grundsteuerschuld bei einem geplanten Hebesatz von 500 Punkten mitzuteilen.
- Über das Ergebnis der Anhörung ist spätestens bis 30.09.2024 im Gemeinderat zu berichten und einen Vorschlag für das weitere Vorgehen zu unterbreiten.
- Mit anderen Worten: Die Eigentümer der Grundstücke wurden mit einem großen zeitlichen Vorlauf auf die Möglichkeit einer Grundsteuer C vorbereitet. Sie konnten sich dazu äußern und hatten auch Zeit, sich zu überlegen, ob sie das Grundstück nicht doch lieber verkaufen wollen oder es bebauen.

Ich finde das sehr fair und kann allen Gemeinden nur empfehlen, das ggf. auch so zu machen.

[Drucksache 2023/92 - Beschlussvorlage zur Einführung einer Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke](#)

3. Rückmeldungen der betroffenen Grundstückseigentümer – Beschluss zur Einführung der Grundsteuer C

Nach einer Fristverlängerung für die Rückmeldungen verschob sich auch der Bericht

des Bürgermeisters in die Oktober-Sitzung. Ganze drei betroffene Eigentümer haben sich gemeldet und die Gründe für die Ablehnung der Grundsteuer C waren bei allen dreien nach meiner Meinung recht schwach und wenig stichhaltig. Kann im unten verlinkten Dokument nachgelesen werden.

In dieser Sitzung haben wir die Einführung der Grundsteuer C beschlossen und die Verwaltung beauftragt, die dafür nötige Allgemeinverfügung vorzubereiten (siehe oben). Lediglich der Hebesatz wurde damals noch nicht beschlossen, weil wir zu diesem Zeitpunkt auch bei den Grundsteuern A und B noch nicht so weit waren.

Beschluss im kurzen und knappen Wortlaut:

Die Grundsteuer C wird eingeführt. Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung einer Allgemeinverfügung beauftragt.

[Drucksache 2024/62 – Beschlussvorlage zur Einführung einer Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke](#)

4. Satzungsbeschluss zur Grundsteuer C

Kurz vor Weihnachten 2024 haben wir dann die „Satzung über die Festsetzung eines gesonderten Hebesatzes für baureife Grundstücke (Hebesatzsatzung „Grundsteuer C“)“ beschlossen und den Hebesatz auf 480% festgelegt.

Bis wir in dieser Sitzung diesen Beschluss geschafft haben, ging es wirklich hoch her.

Ich will das alles nicht hier nacherzählen – am Ende gab es den Beschluss und dabei ist es auch völlig in Ordnung, dass man den Eigentümern einen öffentlich-rechtlichen Vertrag anbietet, mit dem sie sich zur Bebauung in einer bestimmten Zeit verpflichten. In dieser Zeit wird die Steuer ausgesetzt. Wenn das rechtlich überhaupt möglich ist. Das ist bis heute nicht klar.

[Drucksache: 2024/86 - Satzung über die Festsetzung eines gesonderten Hebesatzes für baureife Grundstücke \(Hebesatzsatzung „Grundsteuer C“\)](#)

[Bekanntmachungsprotokoll 11. Sitzung – Gemeinderat Hebesatzung Grundsteuer C](#)

5. Beschluss der Allgemeinverfügung

Der bisherige Abschluss des Themas war dann der Beschluss der Allgemeinverfügung in der alle betroffenen Grundstücke aufgelistet und die Gründe für die Einführung der Steuer genau beschrieben werden.

[Drucksache: 2025/5 - Einführung Grundsteuer C – Allgemeinverfügung Allgemeinverfügung Grundsteuer C](#)

6. Fazit

Es war ein langer Weg und es gab auch sehr kritische Stimmen im Gemeinderat. Die meiste Kritik bezog sich einfach darauf, dass wir natürlich sehr vorpreschen und uns der Gefahr aussetzen vor Gericht zurückgepiffen zu werden. Das kann passie-

ren aber angesichts der Knappheit an Wohnraum ist das ein Risiko, das ich gerne eingehe. Wir werden sehen.

HINWEIS ZU DEN LINKS

Die verlinkten Dokumente zur Merdingen stammen entweder vom öffentlich zugänglichen Ratsinfosystem der Gemeinde (Gemeinderatsvorlagen und Protokolle) oder von der Gemeindehomepage (Satzung, Allgemeinverfügung).

Da sich letztere ändern können und werden, werden die Links über die Homepage irgendwann nicht mehr funktionieren.

Über Unterschiede

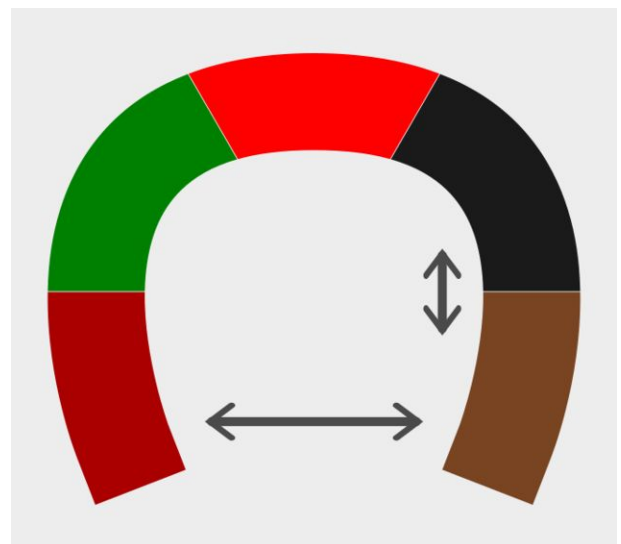
von Oswald Prucker

Da ist auf der einen Seite die angesehene Juraprofessorin **Frauke Brosius-Gersdorf**, die eine wunderbare Verfassungsrichterin geworden wäre, aber letztlich das Opfer einer perfekt aufgezogenen rechten Verleumdungskampagne wurde, der (zu) weite Teile der CDU/CSU-Fraktion blind oder auch willentlich folgten. Ihre Erklärung zu ihrem Verzicht spricht Bände.

Dann ist da auf der anderen Seite **die Unionspolitikerin und Bundestagspräsidentin Julia Klöckner**, die vor kurzem zum Sommerempfang der CDU Koblenz einlud. Dieser Empfang fand im „Innovationszentrum der CompuGroup Medical“ statt. Deren Verwaltungsratsvorsitzender heißt Frank Gotthardt. Dieser Frank Gotthardt unterstützt

das rechtsradikale Medienprojekt Nius von Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt jährlich mit zweistelligen Millionenbeträgen. Nius steht im Zentrum der Hetzkampagne gegen Brosius-Gersdorf.

Bei diesem Empfang setzt sie nun Nius mit der taz gleich. Ein Hetzportal mit einer Tageszeitung, die nach journalistischen Maßstäben arbeitet. Das entspricht in auffälliger Weise der berühmt-berüchtigten Hufeisentheorie zur Einteilung des politischen Spektrums hier nur auf Medien angewandt. Die Hufeisentheorie ist längst widerlegt, sie bleibt aber so etwas wie eine Untote der Politikwissenschaften.



Bleiben wir trotzdem einfach mal kurz dabei. Ich habe in der folgenden Abbildung mal ein Hufeisen grob und an sich ambitionlos in die politischen Farben aufgeteilt und stelle fest, dass sich die Schwarzen und die Braunen selbst dann noch viel näher sind, als die beiden Hufeisenenden.

Es gibt sogar Berührungspunkte!






Termine, Termine

Stammtische




Digitaler Kreisstammtisch

-  Dienstag 16. September
Montag, 13. Oktober
-  19:00 Uhr
-  Big Blue Button-Link:
<https://bbb.spd-bw.de/b/sop-5mc-fht-seq>

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

-  Montag, 15. September
Dienstag, 14. Oktober
-  19:00 Uhr
-  Wirtshaus Perron, Bahnhofsstraße
4, Breisach (am Bhf. Breisach)

Hochschwarzwald




-  24. September und 22. Oktober
-  19:00 Uhr
-  Hotel Jägerhaus, Titisee-Neustadt

Breisgau

Der Ortsverein Bad Krozingen lädt an jedem ersten Dienstag des Monats ab 19:30 h zum Stammtisch ins Mcello am Bahnhof ein.

Müllheim im Nationalsozialismus

Ausstellung des Seminarkurses des Markgräfler Gymnasiums Müllheim.

-  22. September
-  17:30 Uhr
-  Markgräfler Museum Müllheim im
Blankenhorn-Palais, Wilhelmstr. 7

Mit dabei für eine anschließende Gesprächs- und Diskussionsrunde sind der Müllheimer Bürgermeister Martin Löffler, Hr. Messner, Mitleiter des Seminarkurses und Geschichtslehrer am MGM, sowie einige der Schüler selbst. Weitere Hintergründe des Projekts aus Sicht des Museums erläutert Andreas Weiß, Leiter des Markgräfler Museum.

Zur Ausstellung: Schülerinnen und Schüler des Markgräfler Gymnasiums Müll-

heim (Jahrgangsstufe 11) stellen ihre Forschungsergebnisse vor.

Auch in Müllheim und Umgebung wurde in der Zeit des Nationalsozialismus die Existenz derjenigen zerstört, die nicht zur sogenannten "Volksgemeinschaft" gezählt wurden. Exemplarisch genannt sei das Schicksal jüdischer Bürgerinnen und Bürger, die Ausgrenzung und Verfolgung erlitten und ermordet wurden.

Warum konnte dies mitten unter uns geschehen? Warum fand die NS-Ideologie bei der Bewohnerschaft des Amtsbezirks Müllheim vergleichsweise viel Zuspruch? Welcher Verfolgung waren Oppositionelle in Müllheim ausgesetzt? Wie wurde die NS-Ideologie in Müllheim und im Markgräflerland vermittelt? Wie ging die Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrer NS-Vergangenheit um?

In einem Projekt haben Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 11 diese und weitere Fragen aufgearbeitet und stellen ihre Antworten dazu in einer eigenen Ausstellung vor.

Rückmeldung bitte an per Mail an Matthias Schmidt: Matthias.schmidt@kabel-schmidt.de.

IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Tanja Kühnel und Oswald Prucker
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg.

Und zum Abschluss noch ein kleiner Spaß aus der Rubrik „Wir helfen gerne“.

Die Wagenknecht-Truppe sucht einen neuen Namen ohne Wagenknecht, aber mit denselben Buchstaben BSW. Kein Problem.

